

Anlage 7

TOP 9.4

**Zur wirksamen Bewältigung der Corona-Krise -
Plädoyer der regionalen Wirtschaft an die
politischen Vertreter der Region**



**Der Weg nach vorne!
Ein Plädoyer des regionalen
Mittelstandes zur wirksamen
Bewältigung der Corona-Krise.**

Positionspapier der IHK-Vollversammlung¹

Zur wirksamen Bewältigung der Corona-Krise

1. Einleitende Bemerkungen

Strukturwandel schon vor der Krise

Bereits vor März 2020 befand sich die Mehrheit der Branchen unserer Region in einem Strukturwandel. In der Automobilindustrie erleben wir eine fundamentale Entwicklung vom Verbrennungsmotor zu alternativen Antrieben. Der Einzelhandel steht vor der Herausforderung das veränderte Verhalten der Konsumenten mit stationären und Online-Angeboten angemessen abzudecken. Hotels und Gaststätten haben mit Fachkräftemangel und Nachfolgeproblematiken zu kämpfen. Die Pandemie hat alle Branchen getroffen, jedoch auf unterschiedliche Art und Weise, denn während der Lockdown das operative Geschäft zum Erliegen brachte, beschleunigte die Krise den Strukturwandel.

Neue Geschäftsmodelle in den Kinderschuhen

Gleichzeitig hat uns die Krise vor Augen geführt, dass bei den Themen Digitalisierung, Mobilitätswende, sowie neue und agile Geschäftsmodelle das volle Potenzial von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung bislang nicht genutzt wurden.

Lob an die Politik und Unternehmen

Die Krise hat uns aber auch gezeigt, dass wir in Deutschland immer noch in der Lage sind, schnell und unbürokratisch Lösungen für schwierige Situationen zu finden. Innerhalb weniger Tage wurden durch die Politik Liquiditätsprogramme aufgestellt und umgesetzt, für deren Realisierung ansonsten viele Jahre notwendig gewesen wären. Und auch in vielen Unternehmen erhielt die Digitalisierung innerhalb weniger Tage Einzug. Politik, Verwaltung und Wirtschaft haben in der Krise gezeigt, was in ihnen steckt.

Erkenntnisse aus der Krise nutzen

Jetzt bietet sich uns die Chance eine Debatte darüber zu führen, welche (bewährten) Strukturen wir aus Vor-Krisenzeiten beibehalten wollen und welche Strukturen neu gestaltet werden müssen. Anders ausgedrückt: Nehmen wir das Momentum an Kreativität, Flexibilität und Offenheit mit in die Zukunft oder fallen wir zurück in die alten, starren Denkmuster? Die Corona-Krise ist erst nach dieser Debatte tatsächlich vorbei.

2. Aktuelle Auswirkungen auf die Wirtschaftslage

Industrie ist das Rückgrat der Region und unsere Zukunft

Die Industrie ist das Rückgrat der Region - Schwarzwald-Baar-Heuberg verzeichnet die höchste Industriedichte in Baden-Württemberg. Jeder zweite Beschäftigte arbeitet im verarbeitenden Gewerbe. Die Zukunft unserer Region ist eng verknüpft mit der Zukunftsfähigkeit der Industrie. Wir müssen alles tun, um die industrielle Wertschöpfung in der Region zu halten und zu stärken. Die Industrie ist die Lokomotive. Wenn es ihr gut geht, profitieren auch alle anderen Branchen. In der Industrie sieht man erste Anzeichen für eine leichte Erholung. Die Auftragseingänge haben sich verbessert.

Problematisch ist die Situation bei den Investitionsgüterherstellern (Maschinenbau). Es gibt Überkapazitäten am Markt. Deshalb ist es unklar, wann Ersatz- bzw. Neuinvestitionen in den Betrieben wieder an Fahrt aufnehmen.

Schwierig ist die Situation auch in der regionalen Automobilzulieferindustrie. Diese befand sich schon vor Corona in einem fundamentalen Transformationsprozess. Deshalb sind die Hilfsprogramme von Bund und Land so wichtig. Sie sind entscheidend dafür, das Eigenkapital der Unternehmen zu stärken und so die notwendigen und zukunftsgerichteten Investitionen anzuschieben.

Dienstleistungsbranchen leiden stark unter der Krise

Die Reise- und die Veranstaltungsbranche sowie der Einzelhandel und die Gastronomie befinden sich weiterhin mitten in der Krise - zumal ihnen umsatzstarke Aktionstage in diesem Jahr wegbrechen. In diesen Betätigungsfeldern ist der Veränderungsdruck auf das Geschäftsmodell besonders gestiegen.

Insolvenzen können im vierten Quartal deutlich steigen

So schnell wie nach der Krise 2008 wird der tiefe Einschnitt der Rezession nicht wettzumachen sein. Mit dem Auslaufen der Sonderregelung des Insolvenzrechts ist Ende 2020 und zu Beginn des neuen Jahres möglicherweise mit einer wachsenden Anzahl an Insolvenzen zu rechnen. Wichtig ist, dass die Unternehmen die bestehenden Unterstützungsangebote von Bund und Land prüfen und bei Bedarf in Anspruch nehmen.

Arbeitslosigkeit steigt noch moderat

Die Arbeitslosigkeit steigt zurzeit an, v.a. Nicht- oder Geringqualifizierte sind betroffen. Ansonsten zeigt sich auch in dieser Krise, dass die Kurzarbeit ein hervorragendes Instrument ist, Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen zu vermeiden. Wir glauben, dass sich die Arbeitslosigkeit dauerhaft erhöhen wird, da die Wirtschaftsleistung über mehrere Jahre hinweg reduziert sein wird und die notwendigen Anpassungen der Unternehmen auf neue Gegebenheiten.

Ausbildungsmarkt bleibt 2020 stabil

Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in diesem Krisenjahr ist schwer abzuschätzen. Zurzeit liegt die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse 10% unter dem Vorjahresniveau. Allerdings war das Jahr 2019 auch ein Rekordjahr an abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen. Wir gehen davon aus, dass die Betriebe noch zahlreiche Auszubildende in 2020 einstellen werden. Die Einstellungen werden sich aber bis tief in den Herbst hineinziehen. Ein wichtiges Signal: 72% aller befragten Ausbildungsbetriebe in unserer Region planen sämtliche Azubis, die dieses Jahr ihren Abschluss machen, zu übernehmen.

3. Der Weg nach vorn: Maßnahmen einer Reformagenda

Absehbare Trends

Auch wenn eine abschließende Beurteilung der Veränderungen, die durch die Pandemie bedingt sind, noch nicht abschließend möglich ist, so lassen sich doch Trends identifizieren, die die nächsten Jahre prägen werden. Konjunkturstärkende Trends gilt es bestmöglich zu fördern, konjunkturrehmende Entwicklungen soweit wie möglich zu neutralisieren oder sogar durch die aufgezeigten Maßnahmen ins Positive zu umzukehren.

3.1 Konjunkturstärkende Trends

Höhere Offenheit für Innovation

► **Wie wir es sehen:** Die Suche der Unternehmen nach Alternativen stärkt ihre Resilienz dauerhaft. Die Restrukturierung von Zulieferungen und Produktionsprozessen, die Digitalisierung und der technologische Fortschritt innerhalb eines Unternehmens erhöht dessen Effizienz und verringert seinen ökologischen Fußabdruck. Eine Rückverlagerung von Wertschöpfungsbestandteilen zum Beispiel, kann die Produktionskosten der Unternehmen erhöhen und entsprechende Anreize für eine Kapitalbindung im Inland etwa über eine zusätzliche Automatisierung setzen. Dies stellt auch neue Anforderungen an Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort. Eine niedrigere Innovationsleistung im Land wirkt sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts aus – deshalb gilt es die jetzige Offenheit für neue Prozesse nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

► **Was wir empfehlen:**

- Planungs- und Genehmigungsverfahren für Betriebe und Staat beschleunigen,
- Bürokratie senken, um Belastung zu mindern und Flexibilisierung zu ermöglichen
- Verbesserung der Transparenz von FuE-Förderprogrammen (beispielsweise durch Bündelung von Einzelprogrammen) und weiteren Vereinfachung der Antragsverfahren. Das Landesprogramm „Innovationsgutscheine“ ist ein Paradebeispiel eines stark entbürokratisierten Förderinstruments. Dieses sollte auf mittlere Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten erweitert und die maximale Projektgröße deutlich erhöht werden, damit die bestehende „Förderlücke“ zum Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) des Bundes geschlossen wird
- Technologieoffene und flexible FuE-Förderungen

Notwendigkeit der Aus- und Weiterbildung

- ▶ **Wie wir es sehen:** Um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können, sind gut und höher ausgebildete Fachkräfte unerlässlich. Einerseits schützt sie Arbeitnehmer vor der strukturellen Arbeitslosigkeit, andererseits ist der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften selbst in der jetzigen Zeit eine der größten Wachstumsbremsen. Gründer wie etablierte Unternehmen sind bei der Einführung von neuen Geschäftsmodellen und innovativen Prozessen auf qualifizierte Mitarbeiter angewiesen.
- ▶ **Was wir empfehlen:**
 - Gezielte öffentliche (Weiter-)Bildungsförderung entlang der Bedarfe der Wirtschaft, etwa in MINT-Fächern und Entrepreneurship durch Steuervorteile, Zuschüsse oder sonstige Erleichterungen
 - Aufstiegsbonus für IHK-Abschlüsse der DQR-Stufe 6 und 7, analog zur Meisterprämie im Handwerk von 1 500 €
 - Durchlässigkeit des Bildungssystems weiter verbessern und bewerben
 - Praxisnahe und bürokratiearme Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes

Zunahme der Gründungen

- ▶ **Wie wir es sehen:** Erfahrungsgemäß steigt die Anzahl der Gründungen nach Krisenzeiten an. Start-ups sind ein wichtiger Faktor für die Innovationskraft der Wirtschaft. Den Schritt in die Selbständigkeit gilt es gerade in Krisenzeiten zu unterstützen und zu fördern. Die größten Hindernisse dabei sind nach Angaben der Gründer selbst die bürokratischen Hürden, beispielsweise beim Eintragungsvorgang des Unternehmens an den verschiedensten Anlaufstellen.
- ▶ **Was wir empfehlen:**
 - Verwaltung von Unternehmensdaten in konsolidierten Registern, d.h. Erfassung der Basisdaten von Unternehmen nach dem Once-Only-Prinzip. Zu diesem Zweck Aufbau eines zentralen, einheitlichen Online-Behördenportals über alle föderalen Ebenen hinweg, so dass sämtliche Verwaltungsverfahren elektronisch abgewickelt werden können (One-Stop-Shop)
 - Vereinfachung des Zugangs zu öffentlichen Fördermitteln durch stringente Antragswege, verständlichen Formularen und kurzen Wartezeiten auf Bescheide
 - Entschärfung und grundlegende Vereinfachung der DSGVO, u.a. durch den Einbau einer Mittelstandsklausel und streichen der Nachweispflicht eines Datenschutz-Managements
 - Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen an Unternehmen reduzieren, um Anreize zu schaffen und Unternehmertum zu fördern
 - Anhebung der umsatzsteuerlichen Kleinunternehmergrenze, unterhalb derer Unternehmer keine Umsatzsteuer abführen müssen; die Umsatzsteuervoranmeldung sollte vierteljährlich abgegeben werden dürfen
 - Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch ein bedarfsgerechtes und flexibles Betreuungsangebot von kommunalen, kirchlichen und privaten Trägern.



3.2 Konjunkturhemmende Trends

Eingeschränkte Lern-, Studien- und Arbeitsmöglichkeiten

- ▶ **Wie wir es sehen:** Die Möglichkeit von physischen Versammlungen wird auf absehbare Zeit eingeschränkt sein und das Lernen und Arbeiten, wie es sich in den letzten Jahren etabliert hat, verändern. Digitale Formate müssen durch entsprechende Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Ein eingeschränktes Angebot an Arbeitsplätzen machen Qualifizierungsmaßnahmen und ein effizientes Matching notwendig.
- ▶ **Was wir empfehlen:**
 - Modernisierung der Arbeitszeitvorschriften und Rechtssicherheit für Arbeitgeber bei Regelungen zum mobilen Arbeiten
 - Digitalisierung der Schulen, Berufsschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen vorantreiben
 - Kommunikationsinfrastruktur (Breitband und Mobilfunk) insgesamt zügig ausbauen, um Kommunikation und Arbeiten auf Distanz sicherstellen zu können

Protektionistische Haltungen

- ▶ **Wie wir es sehen:** Etwa jeder zweite Euro in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg wird im Auslandsgeschäft erwirtschaftet. Globale Wertschöpfungsketten ermöglichen Effizienzgewinne durch die Kombination von Standortvorteilen mit Spezialisierung, Wissens-, Ideen-, Technologie- und Datenaustausch, Investitionen und Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die bereits vor der Pandemie zunehmenden protektionistischen Maßnahmen einiger Staaten erreichten während der Pandemie weltweit ein neues Höchstmaß. Reisebeschränkungen, Unterbrechung der Lieferketten sowie Exportbeschränkungen machen der exportorientierten regionalen Wirtschaft sehr zu schaffen. Eine Erholung der regionalen Wirtschaft ist eng verknüpft mit dem Zugang zu internationalen Märkten.
- ▶ **Was wir empfehlen:**
 - Einsatz der Bundesrepublik zum Erhalt des regelbasierten Welthandels, auch im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft, explizit zur Stärkung des WTO-Streitschlichtungsmechanismus
 - Grenzüberschreitenden Austausch vor allem innerhalb der EU auch während Pandemien sicherstellen, um Lieferketten zu schützen
 - Bedarfe von mittelständischen Unternehmen in den Mittelpunkt der Planung und Umsetzung von Handelsabkommen setzen („Think-Small-First“-Prinzip)
 - Schnelle Digitalisierung von Zollprozessen (etwa eCarnets), um weltweit Standards setzen zu können
 - Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität, anstatt auf Autarkie zu setzen. Durch die Etablierung wichtiger Standortfaktoren (etwa digitale und bildungspolitische Infrastruktur u.a.) werden Unternehmen ohne Zwänge angeregt, ihre Wertschöpfung innerhalb Europas zu fokussieren. Wichtig dafür ist u.a. eine rasche Umsetzung des Investitionsbeschleunigungsgesetzes.



Finanzierungslage der Unternehmen

- ▶ **Wie wir es sehen:** Der Rückgang des Eigenkapitals der Unternehmen und der erschwerte Zugang zu Fremdkapital durch die Krise erschwert dringend notwendige Investitionen, um den Strukturwandel zu meistern und sich den neuen Anforderungen nach der Pandemie zu stellen. Die Krise ist auch aus epidemischen Gründen mit derzeit schwer abschätzbaren Unsicherheiten verbunden und diese dämpfen die Investitionsneigung der Unternehmen. Die Sicherstellung der Liquidität der Betriebe hat weiterhin eine hohe Priorität.
- ▶ **Was wir empfehlen:**
 - Vergabe von Förderkrediten auf Basis des Ratings vor der Krise, damit v.a. kleine KMUs mit funktionierendem Geschäftsmodell, die automatisiert geratet werden, einfacher einen Überbrückungskredit erhalten.
 - Ausweitung des Verlustrücktrags bei Einkommens- und Körperschaftssteuer auf mehrere Jahre und in höherem Volumen
 - Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge
 - Verzicht auf und Reduzierung von Nachweis- und Dokumentationspflichten, die den Mittelstand überproportional belasten (etwa durch die Bondruckpflicht, oder das geplante Lieferkettengesetz und Verbandsanktionsgesetz).
 - Geplante Novellierung der Grundsteuer in Baden-Württemberg ohne Mehrbelastung von Unternehmen durchführen, etwa mittels einem wertunabhängigen Flächenmodell.
 - Vereinfachung der Bankenregulatorik durch zielgenauere und proportionale Ausgestaltung der EU-Bankenregulierung, um kleine und mittlere Kreditinstitute als Hauptfinanzier der mittelständischen Unternehmen zu berücksichtigen.

3.3 Megatrend als Fazit

Forcierung des Strukturwandels in allen Branchen

- ▶ **Wie wir es sehen:** Die Corona-Pandemie als Brandbeschleuniger im Wandel der Branchen erhöht den Druck auf den Staat und die Wirtschaft sich an die globalen Megatrends – Digitalisierung, Klimaschutz, Mobilität, Gesundheit und Sicherheit – anzupassen. Die Potenziale dieses Wandels können nur ausgeschöpft und die Risiken nur minimiert werden, wenn Staat und Wirtschaft ihnen gemeinsam begegnen.

Dies gilt für die beschriebenen bundeseinheitlichen Trends, aber auch für die Anforderungen an die Wirtschaftsstandorte. Die Auswirkungen des beschleunigten Strukturwandels auf die Arbeits- und Wirtschaftsweise von Unternehmen und Arbeitnehmern bedingen neue Anforderungen an den Standort, die zur Wettbewerbs- und Wohlstandssicherung sichergestellt werden müssen.

- ▶ **Was wir empfehlen:**
 - Es gilt eine neue Balance von Schnelligkeit und Sicherheit finden, denn das Risiko eines „Weiter-so“ überwiegt in Krisenzeiten das der Veränderung. Den Pragmatismus in der Gesetzgebung während der ersten Krisenmonate gilt es alltagstauglich zu machen.
 - Wandel durch Förderung und Anreize statt Verbote und Vorschriften: Die politischen Rahmenbedingungen müssen es den Unternehmen ermöglichen, den Strukturwandel aus eigener Kraft und nach den Regeln des Marktes zu bewältigen. Nur so gelingt eine Anpassung an zukünftige Herausforderungen, eine gesteigerte Resilienz der Unternehmen und Branchen, sowie letztendlich ein nachhaltiges Wachstum durch langfristige internationale Wettbewerbsvorteile.
 - Standortplanung an Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren mit besonderem Fokus auf:
 - Ganzheitliche Zukunftssicherung der Innenstädte als Wirtschaftsstandorte.
 - Einer pendlerorientierten Infrastruktur zu Arbeits-, Schul- und Bildungsstätten über leistungsfähige Straßen, Schiene und ÖPNV-Angebote.
 - Einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung für Unternehmen.
 - Einer interkommunalen Abstimmung bei der Gewerbeflächenentwicklung im Zuge von Veränderungen in Wirtschaftsstruktur und Arbeitsweisen.
 - Der betriebsnahen Qualifizierung von Jugendlichen und Bürgern in Kombination mit der Schaffung lebenswerter Wohnorte.